economiesuisse

Mindestlohninitiative: Ein Bumerang für die Schweiz

Die Gewerkschaften wollen, dass der Staat allen Unternehmen einen Mindestlohn aufzwingt. Für alle Branchen und alle Regionen soll ein identischer, im internationalen Vergleich rekordhoher Mindestlohn von 22 Franken in der Stunde gelten. Damit würden gerade jene Arbeitsplätze vernichtet, die die Initianten zu schützen vorgeben. Der weltweit höchste Mindestlohn würde genau die Falschen treffen: Berufs- und Wiedereinsteiger, Teilzeitangestellte und Personen ohne ausreichende Ausbildung. Gerade für Berufseinsteiger ist das ein schlechtes Signal. Verpassen sie den Einstieg ins Erwerbsleben, sind sie später stärker von Armut betroffen. Schaden würde die Initiative auch ländlichen Gebieten und Bergregionen. Sie können nicht die gleichen Löhne bezahlen wie in grossen Städten und wären kaum noch wettbewerbsfähig.

Der staatlich diktierte Mindestlohn würde Exportunternehmen dazu zwingen, einfachere Tätigkeiten durch Maschinen oder Umstrukturierungen zu ersetzen, auszulagern oder gar gewisse Produktionsbereiche ganz ins Ausland zu verlegen. Nur so können die Unternehmen ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten. Doch auch in der Binnenwirtschaft können steigende Lohnkosten nicht einfach über höhere Preise auf die Kundinnen und Kunden überwälzt werden. Besonders augenfällig ist die Problematik beim Tourismus, einem Schweizer Exportschlager. Bereits heute werden in der Hotellerie und im Gastgewerbe doppelt so hohe Löhne bezahlt wie in Österreich. Würden die Preise weiter erhöht, laufen unsere Tourismusgebiete Gefahr, viele Schweizer Kundinnen und Kunden und internationale Gäste zu verlieren.

Die staatlich diktierte Lohngleichmacherei von Basel bis Chiasso, von Genf bis Martina würde sich so als Bumerang erweisen. Darum: Am 18. Mai NEIN zur Mindestlohn-Initiative.